



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 08.11.2011

AN/1999/2011

Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	24.11.2011

Kommunalebürgerschaftliches Engagement gegen Kriminalität - Ordnungspartnerschaften mit Bürgern vor Ort unterstützen!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der Bürgerbewegung PRO KÖLN im Rat der Stadt Köln bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, eine Koordinierungsstelle für so genannte Ordnungspartnerschaften mit lokalen Initiativen aus der Bürgerschaft und dem Ordnungsamt der Stadt Köln einzurichten.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat ein präventives Sicherheitskonzept vorzulegen, das mit bestehenden oder zukünftigen Gruppen von Bürgern für definierte sozialräumliche Bereiche Kooperationsstrategien beinhaltet, die sinnvoll und geeignet sind, die Sicherheit der Kölner Bürger und die ihres Eigentums signifikant zu verbessern. Die Kölner Polizei wird gebeten, sich an den Projekten zu beteiligen.

Zur Begründung:

Nur weil die Bürger morgens beim Brötchenholen noch nicht regelmäßig zusammengeschlagen oder belästigt werden, ist die Welt noch lange nicht in Ordnung. Die Polizei selbst gibt zu, dass in keiner anderen Stadt in Deutschland die Gefahr, auf der Straße zusammengeschlagen zu werden, so groß ist wie in Köln. Auch auf die Gefahr hin, dass der Kriminalitätsstandort Köln Schaden nimmt, sollte alles getan werden, unsere Bürgerinnen und Bürger besser zu schützen. Dabei soll auf keinen Fall verhehlt werden, dass es sich hier mitursächlich um so genannte Migrantengewalt handelt.

Die Menschen hier vor Ort machen die Erfahrung, dass es immer öfter heißt: Deutsche Opfer, fremde Täter. Immer weniger Bürger glauben der medial verbreiteten Propaganda und der Statistiklüge und fühlen sich bedroht und haben Angst um ihr Eigentum. Immer weniger Menschen sind bereit, das zu tolerieren. Jüngst hat sich eine Gruppe im Kölner Norden gebildet, die sich im Rahmen einer erweiterten Nachbarschaftshilfe zu schützen versucht. Die Politik darf die Menschen in dieser existentiellen Frage nicht allein lassen. Der Rechtsstaat darf nicht wehrlos sein und das Gewaltmonopol an die Täter abgeben. Die Politik muss jetzt handeln und darf sich nicht der selbst verschuldeten Raumschiffmentalität anheim geben. Wir verlangen in Köln die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols und schlagen vor, dies auch mit Hilfe einer Ordnungspartnerschaft zu erreichen. Das Beispiel der lokalen Bürgerinitiative in Seeberg ist in diesem Zusammenhang ausdrücklich als positiv zu bewerten.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Jörg Uckermann